(PK/AM)
Heute unter anderem zu diesen Themen:

1. Neue EU-Vergleichsstudie: Lohnerhöhungen in Deutschland nur mager
2. Und wenn jetzt noch eine Krise käme?
3. Arbeitslose sollen Einstellungsgutscheine erhalten
4. Berliner S-Bahn: Ein Fall für den Staatsanwalt
5. Afghanistan: Methode Neutralisierung
6. Afghanistan: Wahlfälschung erwiesen
7. Afghanistan: "Das ist nur noch empörend", CDU-Verteidigungsexperte Willy Wimmer
8. Afghanistan: Jung, Der Ertrinkende und sein Strohhalm
9. Deutschland in der OECD-Bildungsstudie: Deutschland gehört bei Investitionen in Köpfe weiter zu den Schlußlichtern
10. Schwarzeneggers Schulpläne – Hasta la vista, Hightech
11. Ratlose Eltern – Privatschule macht über Nacht dicht
12. Manager misstrauen Börsenboom
13. Zu guter Letzt: Schmickler in Mitternachtsspitzen
14. Das Allerletzte

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Neue EU-Vergleichsstudie: Lohnerhöhungen in Deutschland nur mager**
   Die Lohn- und Gehaltszuwächse in Deutschland sind in den vergangenen Jahren im EU-Vergleich eher bescheiden ausgefallen. Laut einer Studie der EU-Behörde zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin (Eurofound) zur europäischen Einkommensentwicklung 2008 stiegen die Einkommen in Deutschland im vergangenen Jahr real um 0,1 Prozent. 2007 seien die Reallöhne sogar um 0,1 Prozent zurückgegangen. Damit gehört Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa. Im EU-Durchschnitt hatten laut der Untersuchung die Arbeitnehmer im vergangenen Jahr 1,3 Prozent mehr Geld in der Tasche, im Jahr 2007 betrug der Anstieg der Reallöhne in der Europäischen Union sogar 3,6 Prozent. Allerdings: Die Zahlen beziehen sich auf alle 27 EU-Mitgliedsländer plus Norwegen. Blickt man nur auf den Euro-Raum, relativiert sich das Bild deutlich: Hier gingen die Realeinkommen 2008

sogar um 0,1 Prozent zurück. 2007 ergab sich ein kleiner Zuwachs um 0,7 Prozent.
Quelle 1: FAZ
Quelle 2: European Foundation [PDF – 930 KB]

Kommentar Orlando Pascheit: *Immer wieder diese Meldungen (WSI und zuletzt im August DIW), da fragt man sich, wo Leute wie der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt die Chuzpe hernehmen, weitere Lohnsenkungen zu fordern, "die zu einer Senkung der Kostenbelastung der Unternehmen führen". Die Frage lautet, warum Deutschland zu den größten Verlierern der Krise gehört, wo doch unsere Unternehmen bei unserer Lohnentwicklung innerhalb der Industriestaaten konkurrenzlos glücklich sein können. In einer Studie der der Deka-Bank wurde der Einbruch von 31 Volkswirtschaften vom stärksten Quartalswachstum des jeweiligen Landes vor Ausbruch der Krise zum schwächsten Quartal nach Einbruch der Rezession verglichen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte am stärksten in der Türkei (14,2%) dahinter folgen Russland (11%) und Singapur (9,9). Unter den G-7 schneiden mit Japan (8,3%) auf Platz 5 und Deutschland (6,9 %) auf Platz acht ausgesprochene Exportnationen sehr schlecht ab. Deka-Bank Chefvolkswirt Ulrich Kater erklärte dazu: „Insofern ist die Tabelle ein Spiegelbild der Geschäftsmodelle der Staaten: Je stärker eine Volkswirtschaft von der Weltkonjunktur abhängig ist, desto stärker hat die Krise zugeschlagen." Zu diesem Geschäftsmodell gehören noch weit mehr als die Exportorientierung z.B. die von der Politik geförderte zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors, eine fragwürdige Deregulierungs- und Privatisierungspolitik usw.. Die NDS haben immer wieder daraufhin gewiesen.*
Zur Lohnentwicklung ist noch zu sagen, dass 2008 die Reallöhne in Deutschland wie in den letzten Jahren natürlich gesunken sind. Die Zeitungen, ob nun absichtlich oder aus Fahrlässigkeit, verschweigen, dass eurofound sich auf die tariflich vereinbarten (collectively agreed) Lohne bezieht. In Westdeutschland sind nur noch 70% und in Ostdeutschland nur noch 55% der Arbeitnehmer tariflich gebunden.- Frohe Wahlen!

2. **Zukunft des Kapitalismus – Und wenn jetzt noch eine Krise käme?**
   Wie wird Politik im Kapitalismus aussehen, wenn die Krise vorbei sein wird und die Banken und Automobilfabriken wieder privatisiert sein werden? Diejenigen Politiker, die etwas zu sagen haben, mussten in den Monaten seit dem Zusammenbruch des Finanzsystems in Abgründe blicken, von denen sie nie gedacht hätten, dass es sie geben könnte. Die Erfahrungen dieser Zeit – immer neue Hiobsbotschaften, atemlose Hetze von Konferenz zu Konferenz, geheime Verhandlungen mit härtestgesottenen Hilfeerpressern, vertrauliche Briefings durch Beamte mit tief erschrockenen Augen,

Pressetermine zum Heucheln von Zuversicht – werden sie nicht vergessen.
Groß geworden ist die heutige Politikergeneration in einer Epoche fast vollkommener Hegemonie des Kapitals und des Marktes. Zwei Jahrzehnte lang hat sie hören müssen, dass Wirtschaft, Politik und Gesellschaft am besten gedeihen, wenn Märkte und Unternehmen in Ruhe gelassen werden; dass die Politik für die Wirtschaft nicht die Lösung ist, sondern das Problem; dass es zu freien Märkten keine Alternative gibt. Die meisten haben das am Ende geglaubt und waren ganz froh darüber, für die Wirtschaft nicht mehr verantwortlich sein zu müssen. Während sie sich durch ihre Parteien nach oben arbeiteten, stiegen die Gehälter der Unternehmensvorstände ins Unabsehbare; zugleich nahm das Ansehen von Politik und Politikern immer weiter ab.
Manche suchten Zuflucht in eifriger Identifikation mit dem Aggressor: Wenn sie von Henkel und Konsorten als inkompetent gegeißelt wurden, hielten sie beeindruckt den Mund. Als dann die ersten Landesbanken unter der Last ihrer „toxischen Papiere“ zusammenbrachen, widersprachen sie nicht, wenn verbreitet wurde, dass dort eben keine richtigen Banker, sondern nur öffentlich-rechtliche Stümper am Werk gewesen seien. (…)
Alle, die denken können, wissen, dass alles, was jetzt ausgeteilt wird, wieder eingesammelt werden muss – und zum großen Teil von Leuten, die nichts oder vergleichsweise fast nichts bekommen haben. Die Politik, die ihr Geschwätz von gestern vergaß, hat sich nicht nur nicht aus eigenem Antrieb zum Narren gemacht, sondern sie wird es ein weiteres Mal tun müssen. Die Sanierung wird von vorn zu beginnen haben, auf einem höheren Schuldenstand denn je und mit strukturellen Defiziten, die alles Bisherige in den Schatten stellen. Diejenigen, die weiter nach vorne blicken, malen sich schon heute die Herkulestaten aus, die sie nach der Krise werden vollbringen müssen, nicht zuletzt auf besonderen Wunsch der wieder sicher im Sattel sitzenden Wirtschaftsklasse: Steuern erhöhen, wo Steuersenkungen versprochen wurden; Sozialbeiträge heraufsetzen, die man gerade mühsam gesenkt hatte; Frühverrentungen abschaffen, nachdem man sie soeben wieder eingeführt hat – und so weiter.
Dann aber wird die Rhetorik der Agenda-Jahre, desavouiert durch die Rhetorik und Praxis der Krisenbewältigung, unbrauchbar geworden sein. Aufrufe an den kleinen Mann und die kleine Frau, beim Sparen mitzuhelfen und Opfer zu bringen, werden hohl klingen angesichts der ungeheuren Summen, die der Staat in den Tresoren von verlotterten Organisationen wie der Hypo Real Estate zu versenken bereit war: Ein neues Programm zur Frühverrentung von Langzeitarbeitslosen kostet im Vergleich dazu so gut wie gar nichts. Niemand kann zweimal in denselben Fluss steigen. Die heute amtierende Politikergeneration könnte sich bei der Rettung ihrer Verächter in den Vorstandsbüros der Banken verbraucht haben; die nächste Rolle rückwärts, zu

einer Konsolidierungsanstrengung, wird sie vielleicht schon ihren Nachfolgern überlassen müssen.
Quelle: FAZ

Anmerkung PK: *Es ist schon eine merkwürdige Argumentation, das Versagen der Eliten in Politik und Wirtschaft zu beklagen und als „Lösung" die nächste Agenda 20xx anzukündigen, aber bitte mit frischem unverbrauchten Personal, um damit weiter so wie bisher die große Masse der Bevölkerung für die verzockten Milliarden zur Kasse zu bitten.*

Ergänzung AM: *Die Rhetorik der Agenda-Jahre ist nicht nur durch die Praxis der Krisenbewältigung unbrauchbar geworden. Sie war es schon vorher. Dass wir uns überhaupt solche Sprüche von jemandem bieten lassen müssen, der in den neunziger Jahren – teilweise in Kombination mit dem Spiegel – die Agenda 2010 durch unentwegte Miesmache der Sozialstaatlichkeit publizistisch vorbereitet hat, ist schon beachtlich.*

3. **Arbeitslose sollen Einstellungsgutscheine erhalten**
Dennis Snower hält nicht viel von der Kurzarbeit als dauerhafte Stütze für den Arbeitsmarkt. Stattdessen plädiert der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft für Einstellungsgutscheine für Arbeitslose. Im Interview spricht er über Mängel am Arbeitsmarkt und am Kündigungsschutz.
WELT ONLINE: Eine Lockerung des Kündigungsschutzes bekommen Sie bei der politischen Großwetterlage auf absehbare Zeit nicht durch.
Snower: Zum dänischen Modell gehört ja auch ein zweiter, ganz entscheidender Punkt: Der Staat wirkt darauf hin, dass jeder Arbeitslose schnell eine neue Stelle bekommt. In solch einem Umfeld braucht sich niemand vor einem flexiblen Arbeitsmarkt fürchten, weil er schnell eine neue Stelle findet. In Deutschland denkt man aber nicht weit genug, wenn man sich nur auf die Kurzarbeit stützt. Kurzfristig federt sie das Schlimmste ab, aber leider erleben wir keine kurzfristige Krise. Wir brauchen einen Plan B für den Arbeitsmarkt, aber den vermisse ich.
WELT ONLINE: Eine Umstellung auf das dänische System kostet Zeit. Was kann der Staat denn tun, was schneller umzusetzen wäre, um den befürchteten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden?
Snower: Das eigentliche Problem in Deutschland ist die Langzeitarbeitslosigkeit. Da muss man ran. Mein Vorschlag wäre, für Langzeitarbeitlose Einstellungsgutscheine zu vergeben. Je länger der Jobsuchende arbeitslos und je niedriger sein Ausbildungsstand ist, desto höher sollte der Gutschein sein. Wenn der Arbeitslose eine Stelle bekommen hat, subventioniert der Staat in der Anfangsphase seine Stelle mit. Nach und nach

sinkt die Subvention, bis sie nach 18 Monaten komplett erlischt. Ich glaube, dieses Instrument würde den ganzen Arbeitsmarkt langfristig stabilisieren.
Quelle: Welt

Orlando Pascheit: *Wenn Dennis Snower, der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, für das "dänische Modell" am Arbeitsmarkt plädiert, muss man wissen, dass Arbeitnehmern in Dänemark zwar relativ kurzfristig gekündigt werden kann, andererseits bleiben die Gekündigten in hohem Maße finanziell abgesichert. Die öffentliche Arbeitslosenunterstützung weicht vor allem für die unteren Lohngruppen nur wenig vom bisherigen Gehalt ab. Je höher das Einkommen ist, desto geringer fällt die Lohnkompensation aus. Findet der Arbeitslose im normalen Arbeitsmarkt kurzfristig keine passende Beschäftigung, so greifen Umschulung oder Fortbildung. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit bestehen für die Arbeitslosen das Recht und die Pflicht, an einer Aktivierungsmaßnahme teilzunehmen. Das Modell muss vor den Hintergrund gesehen werden, dass 85 Prozent der dänischen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, allerdings ist das Verhältnis Gewerkschaften und Arbeitgeber weitaus weniger konfrontativ als bei uns.*

4. **Berliner S-Bahn – Ein Fall für den Staatsanwalt**
   Bei der Berliner S-Bahn herrscht das Chaos. Der bundeseigene Konzern Bahn, auch das gehört zur Wahrheit, hat den Fuhrpark und das Netz 1995 nicht gerade im besten Zustand übernommen. Und er hat anschließend investiert. Aber seit einigen Jahren wird die S-Bahn nur noch als Gewinnausschüttungsmaschine missbraucht. Aus dem alten Blech haben Mehdorn & Co. hemmungslos alles herausgepresst. Als fetten Beitrag für einen Börsengang, der nicht stattgefunden hat. Jetzt sehen wir das Ergebnis, und wir spüren die Folgen: Eine mit krimineller Energie heruntergewirtschaftete Wagenflotte kann kaum noch auf den eigenen Rädern stehen, geschweige denn Menschen transportieren. Selbst richtig bremsen können die Fahrzeuge kaum noch. Nicht einmal die DDR hätte es sich erlauben dürfen, die S-Bahn so kaputt zu machen. Gäbe es nicht die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) mit ihrem dicht geknüpften Netz aus U-Bahn, Tram und Bussen, würde Berlin vermutlich wirklich im Chaos und im Autoverkehr versinken. Ein Zustand auf Dauer ist das aber nicht. Also, was tun ?
   Erstens: Die S-Bahn muss der Deutschen Bahn als Tochterunternehmen so schnell wie möglich entrissen werden. Sie könnte zum Beispiel unter das Dach der landeseigenen Verkehrsbetriebe schlüpfen. Preiswert wird das aber nicht.
   Zweitens: Der Senat muss alle rechtlichen und politischen Mittel ausschöpfen, um die Bahn zu einem angemessenen Schadenersatz zu zwingen, und er muss den bis 2017

laufenden Verkehrsvertrag mit der S-Bahn vorzeitig auflösen oder korrigieren.
Drittens: Um die Verantwortlichen bei S-Bahn und Deutscher Bahn muss sich sofort die Staatsanwaltschaft kümmern.
Viertens: Die Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) sollte endlich Verkehrspolitik lernen.
Quelle: Tagesspiegel

Orlando Pascheit: *Auf "Drittens" sind wir alle sehr gespannt. Ob damit auch Hartmut Mehdorn gemeint ist? Aus der Schnüffel- und Datenaffäre scheint er, da keine "aktive Mitwirkung", heil herauszukommen. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass der Bund Eigentümer der Bahn ist und die Kanzlerin mit ihrer Richtlinienkompetenz, getragen von den Regierungsparteien, das Debakel mit zu verantworten hat. –*
Auf die Defizite der Börsengangstrategie unter Vernachlässigung anderer Bereiche verweist beispielhaft folgender Artikel.

5. **Afghanistan: Alles und nichts**
Methode Neutralisierung: Merkel ruft die ganz große Koalition zusammen und will einen Afghanistan-Wahlkampf beenden, der gerade erst begonnen hat
Afghanistan, das war das Thema, das der Kanzlerin noch wirklich hätte gefährlich werden können. Nach dem tödlichen Bombardement am vergangenen Freitag stand nicht nur der Verteidigungsminister in der Kritik, ging es nicht nur um den Befehl eines Offizier, war nicht nur die Informationspolitik der Bundesregierung bemängelt worden. Der Bundeswehreinsatz als Ganzes schien zum Streitgegenstand zu werden. Weit über das Feld der „üblichen Kritiker" hinaus. Und das in einem Wahlkampf. (…)
Draußen steht nur die Linkspartei – und wenn die Demoskopen recht haben, dann bringt ihr die friedenspolitische Konsequenz, mit der sie auftritt, im Wahlkampf nicht einmal Punkte. „Sie wird wegen ihrer Sozialpolitik gewählt und insofern wird ihr dieses Thema nicht sonderlich viel nützen", sagt Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner. „Wenn der Außenminister und die Kanzlerin relativ auf einer Linie liegen, ist das etwas, das sich dann politisch neutralisiert."
Neutralisieren – genau das ist es, was Merkel will. Sie spreche hier „in ihrer aller Namen", hat sie in ihrer Regierungserklärung gesagt. Es war im Parlament kein Widerspruch zu hören. Vielleicht geht von den Protesten gegen den Krieg in Afghanistan, die dieser Tage stattfinden, ein Signal aus, dass der Meinung einer Mehrheit in der Bevölkerung eher entspricht: Not in Our Name!
Quelle: Freitag
6. **Wahlfälschung in Afghanistan erwiesen**
Washington/Kabul. Bei der Präsidentschaftswahl in Afghanistan ist es nach Angaben

der Unabhängigen Beschwerdekommission (ECC) zu Wahlbetrug gekommen. Knapp drei Wochen nach der Wahl teilte die von den Vereinten Nationen unterstützte Beschwerdekommission am Dienstag mit, bei ihren Untersuchungen in mehreren Provinzen habe es "klare und überzeugende Beweise für Betrug" gegeben.
Quelle: FR

Anmerkung PK: *Für sichere, freie und faire Wahlen wurde ein Extra-Kontingent von Bundeswehr Soldaten nach Afghanistan gesandt. Für wen und für welche Interessen müssen sich diese jungen Menschen eigentlich zusammenschießen lassen?*

7. **"Das ist nur noch empörend"**
CDU-Verteidigungsexperte Willy Wimmer kritisiert im FR-Interview die Informationspolitik von Minister Jung. "Jeden Tag seit dem vergangenen Freitag gibt es einen neuen, sagen wir, Informationsschwerpunkt."
Herr Wimmer, sind Sie mit der Informationspolitik von Verteidigungsminister Jung nach dem Bombeneinsatz zufrieden?
Die Informationspolitik kann nur empörend genannt werden.
Haben die Deutschen auch falsch gehandelt?
Darüber lässt sich erst urteilen, wenn es eine sachgerechte Aufklärung gibt. Und genau die fehlt. Jeden Tag seit dem vergangenen Freitag gibt es einen neuen, sagen wir, Informationsschwerpunkt. Das ist für ein Regierungshandeln unwürdig.
Sie waren selbst Staatssekretär im Verteidigungsministerium: Müsste man normalerweise nach so langer Zeit Genaueres wissen?
Es ist normales Regierungshandeln, dass man genau weiß, was passiert ist – und zwar Stunden später, nicht Tage. Ich gehe davon aus, dass die Informationswege der Bundeswehr in Afghanistan ins Verteidigungsministerium nach Berlin dem allgemeinen Standard mehr als entsprechen.
Kein Unterschied, ob etwas in Hindelang oder am Hindukusch passiert?
Das darf nicht sein! Die Bundeswehr wird militärisch und politisch geführt. Wenn von hier aus der Einsatz unbemannter Aufklärungsdrohnen ausgelöst werden kann, dann ist davon auszugehen: Die Informationswege sind womöglich noch besser als in anderen Ministerien und Behörden. (…)
Quelle: FR

Kommentar AM: *Willy Wimmer ist ohne Zweifel ein sympathischer Mensch. Aber mit seiner kritischen Haltung gegenüber Militäreinsätzen bei gleichzeitiger solidarischer Haltung zu seiner Partei treibt er im Kern ein ungutes Spiel. Indem er die Mehrheitsfähigkeit der CDU fördert, fördert er auch die von ihm kritisierten Militäreinsätze. Interessant ist die aktuelle Webseite vom 9.9.2009: Willy Wimmer mit*

Angela Merkel
Ein solches Foto hat man doch als Abgeordneter, der nicht mehr kandidiert, nicht nötig:
Auch sein Brief zum Abschied ist bemerkenswert. Helmut Kohl habe den Krieg auf dem Balkan nicht gewollt. Na ja. Davon habe ich als Abgeordneter 1990 ff. nichts gemerkt.

8. **Der Ertrinkende und sein Strohhalm: Verteidigungsminister leugnet weiter Tankwagen-Massaker und beruft sich ausgerechnet auf den Gouverneur von Kundus**
   Der wichtigste Kronzeuge des CDU-Mannes ist der Gouverneur der Provinz Kundus, Mohammad Omar, über dessen Lob für die Bundeswehr Spiegel online schon am Montag berichtet hatte. Das Bombardement sei »die richtige Entscheidung zur richtigen Zeit« gewesen, hatte Omar dem Internetportal erzählt. »Bei uns sind keine Beschwerden über zivile Opfer eingegangen«, wußte er ferner zu berichten. »Augenzeugen« hätten ihm bestätigt, daß am Ort des Geschehens neben 60 bewaffneten Taliban nur »15 bis 20 weitere Personen« gewesen seien. Und um die sei es auch nicht schade, denn wer sich bei den bombardierten Tanklastern aufgehalten habe, müsse kriminell oder Unterstützer der Taliban gewesen sein. Der britischen Nachrichtenagentur Reuters hatte Omar schon am Sonnabend triumphierend erklärt: »Die Dorfbewohner haben den Preis dafür bezahlt, daß sie den Aufständischen helfen und ihnen Unterschlupf gewähren.«
   Der Gouverneur von Kundus ist also ein adäquater Kronzeuge für einen in die Enge getriebenen Massaker-Leugner wie Jung. Dabei stand Mohammad Omar vor kurzem noch auf der Abschußliste der Bundesregierung. Der Spiegel berichtete am 25. Mai unter der Überschrift »Tot oder lebendig«, daß sich Spitzenbeamte der Bundesregierung seit Ende 2008 im Verteidigungsministerium treffen, um zu beraten, wie man der zunehmenden Ausbreitung der Aufstandsbewegung in der deutschen Besatzungszone in Nordafghanistan Herr werden könnte. Dazu hieß es wörtlich: »Als Problem gilt vor allem der Gouverneur der Provinz Kundus, Mohammad Omar. Der BND hat Omar mehrfach dabei beobachtet, wie er lokalen Taliban-Größen vertrauliche Informationen weitergab, er soll außerdem tief in den Drogenhandel verstrickt sein. Teile seiner Polizei stehen im Verdacht, Taliban-Sympathisanten zu sein.« (…)
   Quelle: junge Welt
9. **Deutschland in der OECD-Bildungsstudie:**
   Deutschland gehört bei Investitionen in Köpfe weiter zu den Schlußlichtern. Ministerin nennt Entwicklung »erfreulich«
   Aus jeder Statistik läßt sich Gegensätzliches herauslesen. Jüngstes Beispiel ist die

Präsentation der nationalen Ergebnisse der Studie »Bildung auf einen Blick« der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durch deren Vertreter gemeinsam mit Bundesbildungsministerin Annette Schavan und dem Chef der Kultusministerkonferenz (KMK), Mecklenburgs Kulturminister Henry Tisch (beide CDU). Same procedure as every year auch am Dienstag in Berlin: Die OECD erteilt überwiegend die Note »Ungenügend«, die zuständigen Politiker picken sich die wenigen Parameter heraus, in denen die Bundesrepublik überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hat, und loben die eigenen Absichtserklärungen.
Die Ausgaben für Bildung lagen in Deutschland im Jahr 2006 bei 4,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Nur in der Türkei, der Slowakei, in Spanien und in Irland wurde noch mehr geknausert, der OECD-Durschnitt lag bei 6,1 Prozent. (…)
Quelle: junge Welt

10. **Schwarzeneggers Schulpläne: Hasta la vista, Hightech**
Weg mit den schweren Wälzern, her mit digitalen Schulbüchern! Von einer schönen neuen Schulwelt schwärmte Kaliforniens Gouvernator Schwarzenegger vor den Sommerferien – doch jetzt zeigt sich: Die Schulen haben ganz andere Sorgen und kein Geld für elektronisches Spielzeug.
Arnold Schwarzenegger, 62, weiß alles über die Jugend von heute. “Unsere Kids”, verkündete der Gouverneur des US-Bundesstaats Kalifornien und einstige Action-Star mit österreichischen Wurzeln, “ziehen sich Informationen aus dem Internet auf ihre iPods und lesen Twitter-Feeds auf ihren Mobiltelefonen.” Die ganze Wissenswelt passe auf einen kleinen Bildschirm in der Hosentasche. “Warum müssen Kaliforniens Schüler dann noch veraltete, schwere und teure Lehrbücher mit sich herumschleppen?”
Quelle: Spiegel Online
11. **Ratlose Eltern: Privatschule macht über Nacht dicht**
Diesen ersten Schultag nach den Ferien werden die Eltern, Schüler und Lehrkräfte der Hessen International School in Liederbach am Taunus wohl nie vergessen. Als sie dort morgens vor gut einer Woche ankamen, standen sie vor verschlossenen Türen. Der Haupteingang war mit einem schweren Gitter verrammelt, das Adressschild abmontiert, alle Lichter gelöscht. Die Hessen International School hat – quasi über Nacht – ihren Unterrichtsbetrieb eingestellt.
Inzwischen ist klar: Die Privatschule, die ihre Schüler nach britischem Vorbild zum Abschluss führen wollte, ist endgültig geschlossen. “Wir haben der Schule die Genehmigung entzogen”, berichtet Herbert Daubner-Flöck vom Staatlichen Schulamt in Rüsselsheim.
Quelle: FR
12. **Manager misstrauen Börsenboom**
Manager trennen sich derzeit im großen Stil von Aktien ihrer Unternehmen – und

schüren damit die Furcht vor einem Ende der Börsenrally. Im August verkauften Vorstände und Aufsichtsräte europäischer Konzerne Papiere für 400 Mio. Euro. Dem standen Käufe von nur 93 Mio. Euro gegenüber. Eine solche Diskrepanz hatte es zuletzt vor fünf Jahren gegeben. Einen ähnlichen Trend gibt es in den USA. “Anders als normale Investoren können Manager bei Aktienentscheidungen tagesaktuelle Daten berücksichtigen”, sagte Christopher Thomas vom Marktforscher Measuredmarkets. Zu den größten Verkäufern gehören die Deutsche-Bank-Manager Kevin Parker und Michael Cohrs. Sie trennten sich im August von Aktien ihres Instituts im Wert von 2,5 Mio. Euro bzw. 13 Mio. Euro.
Quelle: FTD

13. **Zu guter Letzt: Winfried Schmickler in Mitternachtsspitzen vom 05.09.09**
Quelle: Fareus
14. **Das Allerletzte: „In einer nur mäßig manipulierten [sic!] Neuwahl des Reichstags sprachen sich am 29. März 1936 fast 99 Prozent der Wähler für die NSDAP aus.“**
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung PK: *SPIEGEL Ausgabe 35/2009, S. 63, in der Titelgeschichte „Der Krieg der Deutschen-1939 Als ein Volk die Welt überfiel“*